

transfusion: es ist ein Verdienst des Spenders, wenn er eine Vergütung ablehnt; es ist aber nicht notwendig ein Fehler, eine solche anzunehmen.

Die Rechte der Angehörigen

Die Ablösung der Hornhaut, obwohl an sich völlig statthaft, kann dadurch unstatthaft werden, daß sie Rechte und Gefühle derer verletzt, denen die Sorge für den Leichnam obliegt, in erster Linie der nächsten Angehörigen; es kann sich aber auch um andere Personen kraft öffentlicher oder privater Rechte handeln. Es wäre nicht menschlich, um medizinischen Interessen oder therapeutischen Zwecken zu dienen, so tiefwurzelnde Gefühle zu verletzen. Im allgemeinen sollte es den Ärzten nicht erlaubt sein, Ablösungen oder andere Eingriffe beim Leichnam zu unternehmen ohne Einwilligung derer, die über ihn zu verfügen haben, oder etwa gar trotz früher ausgesprochener Einwände des Betreffenden. Es wäre auch nicht recht, wenn die Leichen armer Patienten in den öffentlichen Kliniken und Krankenhäusern ohne weiteres der Medizin und Chirurgie zur Verfügung ständen, während die der begüterteren Patienten das nicht täten. Geld und soziale Stellung dürften keine Rolle spielen, wenn es sich um so delikate menschliche Gefühle handelt. Andererseits müßte die Öffentlichkeit dazu erzogen werden, und es müßte ihr mit Klugheit und Ehrerbietung klar gemacht werden, daß die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu ernstlichen Eingriffen in die Unverletzlichkeit des Leichnams im Interesse der Leidenden die dem Verstorbenen geschuldete Achtung nicht verletze, wenn man dafür stichhaltige Gründe hat. Dies Einverständnis kann trotzdem für die nächsten Angehörigen einen Schmerz und ein Opfer mit sich bringen, aber dieses Opfer ist durch die barmherzige Nächstenliebe gegenüber leidenden Brüdern verklärt.

Die Gesichtspunkte der Gesetzgebung

Die öffentliche Gewalt und die Gesetze, die die Eingriffe bei Leichnamen betreffen, müssen im allgemeinen die gleichen sittlichen und menschlichen Gesichtspunkte beachten, da sie sich auf die menschliche Natur selber stützen, die der Gesellschaft in der kausalen Ordnung wie in der Ordnung der Würde vorausgeht. Insbesondere hat die öffentliche Macht die Pflicht, über ihre Durchführung in der Praxis zu wachen und vor allem Maßnahmen zu

treffen, damit eine „Leiche“ nicht als solche behandelt wird, ehe der Tod ordnungsgemäß festgestellt ist. Andererseits steht es der öffentlichen Macht zu, über die berechtigten Interessen der Medizin und der ärztlichen Ausbildung zu wachen; wenn der Verdacht besteht, daß der Tod Folge eines Verbrechens ist, oder wenn Gefahr für die öffentliche Gesundheit besteht, muß der Leichnam den Autoritäten ausgeliefert werden. All das kann und muß geschehen, ohne daß die dem menschlichen Leichnam geschuldete Ehrerbietung oder die Rechte der nächsten Angehörigen verletzt werden. Die öffentliche Macht kann schließlich wirksam dazu beitragen, daß sich in der öffentlichen Meinung die Überzeugung von der Notwendigkeit und sittlichen Erlaubtheit gewisser Verfügungen über den Leichnam durchsetzt, und so der Gelegenheit zu inneren oder äußeren Konflikten beim Einzelnen, der Familie und der Gesellschaft vorbeugen oder sie vermeiden.

Vor ungefähr zwei Jahren, am 30. September 1954, haben Wir schon die gleichen Ideen in einer Ansprache anläßlich des 8. Kongresses der Internationalen Ärztevereinigung ausgedrückt, und Wir möchten heute wiederholen und bestätigen, was Wir damals in einem kurzen Absatz sagten: „Hinsichtlich der Wegnahme von Teilen des Körpers eines Verstorbenen zu therapeutischen Zwecken darf man dem Arzt nicht gestatten, den Leichnam nach Gutdünken zu behandeln. Es ist Sache der öffentlichen Gewalt, angemessene Regeln dafür aufzustellen. Aber auch sie darf nicht nach Gutdünken verfahren. Es gibt Gesetzestexte, gegen die man ernsthafte Einwände erheben kann. Eine Bestimmung wie die, die dem Arzt in einem Krankenhaus gestattet, Teile eines Körpers zu therapeutischen Zwecken wegzunehmen, wenn nur die Absicht auf Gewinn ausgeschlossen ist, ist schon wegen der Möglichkeit allzu freier Auslegung unzulässig. Man hat auch die Rechte und Pflichten derjenigen in Betracht zu ziehen, denen die Sorge für den Leichnam des Verstorbenen zusteht. Endlich sind die Forderungen der natürlichen Sittlichkeit zu beachten, die es verbieten, den Leichnam eines Menschen einfach wie eine Sache oder wie den eines Tieres zu betrachten und zu behandeln“ [vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 78].

In der Hoffnung, Ihnen so genauere Richtlinien gegeben und dadurch ein tieferes Verständnis der religiösen und sittlichen Aspekte dieses Gegenstandes erleichtert zu haben, erteilen Wir Ihnen von ganzem Herzen Unsern väterlichen Apostolischen Segen.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die Kommunalwahlen und die soziale und religiöse Lage in Italien

Am 27. Mai haben in Italien in 90 Provinzen (außer im Val d'Aosta und in Görz) die Kommunalwahlen für insgesamt 7154 Gemeinden und gleichzeitig die Provinzialwahlen in 79 Provinzen (mit Triest, aber ohne Trient, Bozen, Görz, Val d'Aosta und Sizilien) mit insgesamt 1572 Einmannwahlkreisen stattgefunden. Sizilien hat eine autonome Regionalregierung, die im vergangenen Jahr neugewählt worden ist; ihre stärkste Partei, der auch ihr Präsident Alessi angehört, ist die Democrazia Cristiana; es bestehen jedoch auch starke Links- und Rechtsgruppen.

Kommunal- und Provinzialwahlen könnten ihrer Natur nach reine Verwaltungswahlen sein, bei denen es sich darum handelte, den besten Mann für die beste Verwaltung zu finden. Aber die Verhältnisse in Italien haben dazu geführt, daß die Wahlen vom 27. Mai (wie schon die letzten Kommunalwahlen am 27. Mai und 10. Juni 1951; vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 433 f.) einen ausgeprägt politischen Charakter hatten, der durch die Wahlpropaganda (die vier Wochen vor den Wahlen einsetzte) allseits unterstrichen worden ist. Man hat in diesen Wahlen nicht nur eine Vorprobe auf die nächsten Parlamentswahlen im Jahre 1958, sondern zugleich ein Mittel der Einflußnahme auf diese gesehen; denn Gemeinde- und Provinzverwaltungen werden in den kommenden

zwei Jahren Gelegenheit genug haben, ihrer Wählerschaft zu schmeicheln oder sie zu enttäuschen. Bei der Kommunal- oder Provinzverwaltung wird es sich immer in erster Linie um ein ausgeglichenes Budget drehen. Die Programme, die die Parteien anbieten, sind alle außerordentlich allgemein und vage gewesen, gerade auch in diesem Punkt. Das politische Moment der Verwaltungen liegt in Wahrheit in zwei Fragen: 1. Wieviel Selbstbestimmung wird die lokale Behörde ohne Not an den Staat abgeben? Denn weder Gemeinden noch Provinzen können ohne mehr oder weniger große staatliche Zuschüsse auskommen, viele können jedoch je nach der Art ihrer Investitionen diese Staatshilfe (und in deren Gefolge die staatliche Kontrolle) einschränken oder ausbeuten. 2. Wird die in einer Gemeinde ans Ruder gelangte Partei mehr unmittelbar in die Augen springende Anlagen oder mehr langfristige Investitionen in echte Nutzwerte bevorzugen, also demagogisch oder wirklich sozial handeln?

Das bedeutet: die Ergebnisse der Kommunal- und Provinzwahlen enthüllen zum mindesten bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen, das das italienische Volk in den verschiedenen Regionen des Landes in die verschiedenen Parteien — und das heißt auch: in deren Weltanschauung — setzt (obwohl zumal in kleinen Gemeinden die Persönlichkeit der Wahlkandidaten oder der Einfluß von Kliquen sicher sehr stark mitgesprochen hat). Im großen und ganzen wird aber der Aufruf der verschiedenen Parteigruppen zu weltanschaulicher Wahl wohl bis in den entlegensten Winkel des Landes gedrungen sein. Weltanschauung, das bedeutet hier vor allem: die Verheißung der Lösung der sozialen Fragen (einschließlich der Frage nach der Menschenwürde der Ärmsten) auf Grund einer bestimmten Soziallehre, eines bestimmten Menschenbildes, eines bestimmten Glaubens: des katholischen oder des marxistischen oder auch des faschistischen (der vor allem im Süden noch eine erstaunlich große Rolle spielt und auch in Rom unerwartet viele Anhänger hat). An der Seite der Democrazia Cristiana stehen die übrigen Mittelparteien mit ihrem, wenn auch nicht ausgesprochen christlichen, so doch vom Christentum bestimmten humanistischen und liberalen Weltbild.

Mahnungen des Episkopats

Aus diesem Grunde hat die italienische Hierarchie (und auch die katholische Publizistik, insbesondere der „Osservatore Romano“) im Wahlkampf ausgesprochen Stellung genommen. Die vatikanische Zeitung hat eine ganze Artikelserie veröffentlicht, mit der sie „an die bloße Vernunft“ appellierte, die die Vereinigung aller christlichen Kräfte fordere. Der Episkopat hat gemeinsame Hirtenschreiben für die verschiedenen Regionen Italiens veröffentlicht, die alle die gleichen drei Punkte enthielten, wie sie genauso auch schon vor den letzten Parlamentswahlen am 7. Juni 1953 formuliert worden waren (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 422 ff., wo die Tatsache ausführlich kommentiert worden ist). Sie lauten: 1. Es ist strikte Gewissenspflicht jedes Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben; 2. Es ist strikte Gewissenspflicht, gut zu wählen, d. h. vor allem, seine Stimme nicht der gottlosen Kommunistischen Partei und ihrer Verbündeten, der linkssozialistischen Partei Nenni, zu geben. 3. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es strenge Gewissenspflicht, die christlichen Stimmen nicht zu zerstreuen, son-

dern sie der Partei zu geben, die die christlichen Prinzipien ausdrücklich verteidigt.

Derartige Erklärungen haben u. a. der Episkopat der Lombardei, der Emilia und der Romagna, die Bischöfe Liguriens, der Patriarch von Venedig, der Kardinal von Turin abgegeben. Noch mehr als 1953 hat der Episkopat sich diesmal also ausdrücklich zugunsten der Democrazia Cristiana ausgesprochen. Der „Osservatore Romano“ erklärte (am 16. Mai), worin die besonderen Umstände bei dieser Wahl bestanden, die noch zu den besonderen Verhältnissen der Gegenwart überhaupt, die schon 1953 gemeint waren, hinzukommen: die letzten Wahlen in Italien sind alle nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführt worden, d. h., die Mehrheitspartei oder -gruppe erhielt automatisch eine so große Anzahl von Sitzen, daß sie regieren konnte. Dieses Mal fand die Wahl nach dem neuen Wahlgesetz statt, das einfache Verhältniswahl vorsieht, d. h. die Sitze werden genau im Verhältnis der abgegebenen Stimmen zugeteilt. Auf diese Weise kommt zweifellos der Volkswille genauer und gerechter zum Ausdruck; andererseits wird es in vielen Fällen schwierig sein, eine regierungsfähige Vertretung zusammenzustellen; und das ist auch in der Tat bei den italienischen Kommunalwahlen des 27. Mai für einige große Städte, so Rom, Mailand, Genua, neben etwa hundert kleineren Gemeinwesen, eingetreten, wo wohl erst langwierige Wahlen aus den gewählten Gemeindepardamenten den Oberbürgermeister und die Stadregierung („Giunte“) hervorgehen lassen können. Die Democrazia Cristiana oder diese zusammen mit den anderen Mittelparteien hatte von vornherein in einer großen Zahl von Gemeinden und Provinzen Aussicht auf die relative Mehrheit, die ihr nach dem früheren Wahlrecht zur absoluten Mehrheit der Sitze gereicht hätte; jedoch nicht nach dem neuen. Das hat zu dem außergewöhnlichen Einsatz der Hierarchie für die Partei geführt. Ob die christliche Wählerschaft diesem Punkt drei der bischöflichen Mahnungen in der Tat gefolgt ist, ist schwer zu sagen. Im ganzen hat sich die Stimmenzahl der Democrazia Cristiana (bei einer übrigens erstaunlich lebhaften Wahlbeteiligung von 90 bis sogar 96 %) gehalten.

Schwer auszuwertende Gewichtsverschiebungen

Große Überraschungen haben die Wahlen nicht gebracht. Auf den ersten Blick gab es zwei Gewinner und zwei Verlierer. Die Verlierer waren die Extremisten der Rechten und der Linken, d. h. die Kommunisten und die Neofaschisten, die Gewinner die Nenni-Sozialisten (die Verbündeten der Kommunistischen Partei) und die Sozialdemokraten (die zu den Mittelparteien gehören). Ein interessanter wenn auch von gewissen antikerikalen Vorurteilen bestimmter Artikel von Luigi Salvatorelli in der „Stampa“ (31. 5. 56) durchleuchtet diese Verschiebungen etwas näher und stellt dabei einige beachtenswerte Momente heraus. Eines betrifft den Rückgang der Rechtsextremisten: er stellt fest, daß der Verlust von 20 % der früheren Anhänger des Rechtsblocks bei weitem am stärksten die Monarchisten und nicht die Neofaschisten betroffen haben. In Rom selber haben die Neofaschisten noch über 122 000 Stimmen erhalten (d. h. rund 20 000 mehr als Liberale, Republikaner und Sozialdemokraten zusammen). Eine zweite Bemerkung Salvatorellis betrifft den Rückgang der Kommunisten: es hat sich gezeigt, daß die italienische kommunistische Wählermasse keineswegs

durch den Kurswechsel in Moskau so stark verwirrt worden ist, wie man angenommen hatte; sie haben immer noch (bei den Provinzialwahlen) mehr als 8 Millionen Stimmen erhalten, das sind 35,1% gegenüber 35,4% 1951. Allerdings hatte die italienische KP auch im Hinblick auf die Wahlen die Auseinandersetzung über die Entstalinisierung vorläufig völlig zurückgestellt. Es hat sich aber doch gezeigt, daß selbst ein so individualistisches und kritiklustiges Volk wie die Italiener, einmal der kommunistischen Indoktrination verfallen, seine geistige Beweglichkeit verliert.

Allgemein wird gesagt, daß der immerhin vorhandene Verlust der Kommunistischen Partei den Linkssozialisten zugute gekommen ist, und möglicherweise ist das dann zum Teil nur ein taktisches Manöver. Die sogenannten „Nenni-sozialisten“ haben jedenfalls einen Zuwachs von 20 % erfahren. Salvatorelli stellt nun fest, daß dieser Zuwachs höchstens zur Hälfte von abgesprungenen Kommunisten gebildet sein kann; die andere Hälfte müsse sich also aus Leuten zusammensetzen, die bisher sozialdemokratisch, republikanisch, christlich-demokratisch (d. h. mittelparteilich) oder etwa überhaupt nicht gewählt haben. Doch wie dem auch sei, erst die zukünftige Haltung Nennis und seiner Partei wird die Bedeutung dieses Zuwachses — als wirkliche Demokratisierung der Linken oder als taktisches Manöver — klären.

Ebenso ist der noch größere Erfolg der Sozialdemokraten nur durch Zustrom von Stimmen sowohl von rechts wie von links zu erklären. Und der wenn auch geringe Rückgang der christlich-demokratischen Stimmen gegenüber den politischen Wahlen von 1953 (9 296 428 gegen 10 859 554) ist vermutlich eben den Sozialdemokraten zugute gekommen. Salvatorelli als Liberaler sieht die Hauptursache dieses relativen Mißerfolges der Democrazia Cristiana, bei der Aufbietung so starker Geschütze von seiten der Kirche, gerade in der Reaktion gegen diese klerikale Intervention und findet diese besonders entscheidend in der „Hochburg der Klerikalisierung, Bologna“ (wo der Kandidat der Democrazia Cristiana trotz aller Mühen der christlichen Gruppen nicht durchgedrungen und die Anhängerschaft der Mittelparteien seit den letzten Kommunalwahlen 1951 von 47,8% auf 42,3% gesunken ist).

Die Bedeutung der sozialen Probleme

Sogleich nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse begannen die italienischen Zeitungen sich in teils kurzschlüssigen, teils klugen und gründlichen Artikeln in Vermutungen über die Auswirkungen der Wahlen zu ergehen. So interessant diese Frage auch ist — und nicht nur für Italien, sondern wegen der Schlüsselstellung, die Italien mit seiner riesigen kommunistischen Partei für Europa innehat, auch für die gesamte westliche Welt —, so kann es nicht die Aufgabe der Herder-Korrespondenz sein, diesen Vermutungen nachzugehen. Was uns interessiert — weil es an sich wichtig und zugleich beispielhaft ist —, ist vielmehr die Frage, welche geistige Verfassung sich in diesen Wahlen ausgedrückt hat und auf welchen Voraussetzungen wiederum diese geistige Verfassung beruht. Unter dem Gesichtspunkt der Lebendigkeit und der Zukunft der Religion in diesem Land (wie in allen Ländern) ist das Verhältnis zwischen Kirche und sozialen Zuständen entscheidend: Wäre das Christentum nicht eine Religion der Liebe und hätte die Kirche nicht auf

Grund des ihr anvertrauten Offenbarungsgutes eine Soziallehre entwickelt, so könnte man sich einen Glauben unabhängig von sozialen Verwirklichungen vorstellen. So aber steht und fällt das Vertrauen des einfachen Volkes auf die Kirche, ja auf den Glauben selber, mit der Bewährung der politischen Repräsentanten des Katholizismus, nämlich der Christlich-Demokratischen Partei, gegenüber den Armen und Unglücklichen. Von ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, wie von dem all derer, die sich öffentlich Christen nennen, hängt die Glaubwürdigkeit der Religion beim Volk ab, und dies um so mehr, je mehr das Bewußtsein von Elend und Ungerechtigkeit erwacht. Italiens soziale Probleme gehören zu den ernstesten und schwierigsten, die es in Europa überhaupt gibt. Wir haben schon manches Mal darüber berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 181—182; 5. Jhg., S. 42—46, 288, 431; 8. Jhg., S. 349, 398—99; ds. Jhg., S. 308).

Im Süden

Italien ist ein armes Land. Insbesondere der Süden und die Inseln — Sizilien und Sardinien — besitzen weite Gebiete unkultivierten und z. T. auch unkultivierbaren Bodens; das Land gehört hier meist Großgrundbesitzern, die fern in den Städten leben, und es wird von unvorstellbar armen Pächtern und Tagelöhnern bearbeitet. Die Industrialisierung hat dort noch kaum in ersten Ansätzen begonnen. Bodenschätze sind kaum vorhanden — wenn man auch seit kurzem in Sizilien Petroleumvorkommen entdeckt hat; man kann jedoch noch nicht sagen, ob sich die Ausbeutung lohnen wird. Die uralten Schwefelbergwerke Siziliens sind wegen Unrentabilität eingestellt worden. Die Wohnungsverhältnisse im ganzen Süden sind elend, die Landbaumethoden noch ganz primitiv. Das „Problem des Südens“ hat in Italien schon seit der Einigung des Landes im vorigen Jahrhundert eine Reihe von Sondergesetzen nötig gemacht, die aber mit den Schwierigkeiten in keiner Weise fertig werden konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erst ist das Problem des Südens als Ganzes systematisch angepackt worden, in erster Linie durch die Agrarreform, die das Verdienst der Democrazia Cristiana und insbesondere De Gasperis ist und seit 1950/51 in die Tat umgesetzt wird, und damit verbunden durch eine besondere Finanzierungsgesellschaft, die „Kasse für den Süden“. Anfangs rollte das gewaltige Reformprojekt nur langsam an und wäre vielleicht nicht einmal wirklich endlich in Angriff genommen worden, wenn sich nicht im Jahre 1949 die blutigen Vorgänge von Melissa abgespielt hätten: Landnahmen der verzweifelten Bauern, die von der Polizei mit der Waffe wieder vertrieben wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 181—182).

Von der Agrarreform soll nach und nach eine Bodenfläche von über 7 Millionen Hektar betroffen werden. Das Experiment ist neu und konnte darum naturgemäß nur mit Vorsicht begonnen werden. Es galt zunächst festzustellen, ob sich die Tagelöhner überhaupt in selbständige Bauern umwandeln ließen. Es galt zudem, Straßen zu bauen, Bewässerungssysteme zu schaffen, moderne landwirtschaftliche Maschinen zur Verfügung zu stellen. Allmählich ist jedoch die Landverteilung immer mehr in Gang gekommen; sie wird von der Regierung im einzelnen bestimmten Organisationen übertragen, so dem „Ente Sila“ und dem „Ente Maremma“ (Ente = Unternehmen). Heute sind immerhin schon über 100 000 Familien angesiedelt,

sind über 530 000 Hektar zugeteilt worden. 264 Dörfer sind entstanden oder im Entstehen begriffen. 22 472 Häuser sind gebaut und zur Hälfte schon zugeteilt worden. 202 Schulen, Kindergärten, Kirchen sind vorhanden, 5239 km Straßen fertiggestellt. Dazu kommen Traktoren, Pflüge und dgl. Die Wiedererweckung des „Mezzogiorno“, des italienischen Südens, ist heute bereits zu einer Sehenswürdigkeit geworden, die von Beobachtern aus dem Ausland und von Journalisten besucht wird. Auch deutsche Zeitungen haben schon eine ganze Reihe von Berichten und Plaudereien über diesen Vorgang gebracht (so kürzlich erst die „Süddeutsche Zeitung“ am 3. April; „Christ und Welt“ am 3. Mai; der „Tagesspiegel“ am 13. Mai; „Die Zeit“ am 17. Mai; die „Stuttgarter Zeitung“ am 25. Mai; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 9. Juni). Alle diese Berichte sind voller Staunen und Bewunderung über das, was dort zu sehen ist; einige fügen allerdings auch hinzu, daß man erst nach einer Anzahl von Jahren wird sagen können, ob das Werk gelingt. Zu viele Schwierigkeiten müssen hier gleichzeitig überwunden werden: Dürre und Baumlosigkeit des Landes, Siedungsverhältnisse, die sich aus der Verseuchung der Flußtäler durch Malaria ergeben hatten (und die erst infolge der Ausrottung der Malaria durch die amerikanische Besatzung in den Jahren 1943—1945 überflüssig geworden sind): die Landarbeiter wohnen in Süditalien durchweg in Städten hoch über den Tälern und haben morgens und abends einen oft stundenlangen Anmarsch zu und von ihren Feldern zu bewältigen. Sie müssen — zusammen mit vielem anderen — auch das verstreute Siedeln auf Höfen bei ihren Feldern erst lernen. Dazu der Übergang von Extensivwirtschaft zu Intensivwirtschaft, die Frage, ob die kleinen Bauerneigenwirtschaften sich rentieren werden, das Problem der Finanzierung, der Widerstand der bisherigen Großgrundbesitzer (obwohl sie sehr angemessen entschädigt werden) usw.

Von kommunistischer Seite werden bekanntlich Sozialreformen, die von anderer Seite kommen, stets heftig kritisiert (da sie ihnen das Wasser abgraben). In Süditalien haben die kommunistischen Propagandisten einerseits versucht, die von der Regierung eingeleitete Agrarreform als völlig unzulänglich hinzustellen (was sie selbstverständlich auch zunächst war und in gewissem Ausmaß noch auf lange hinaus sein wird, da sie mit demokratischen Mitteln und ohne totalitäre Methoden durchgeführt werden muß); andererseits nehmen sie sie als Verdienst der Kommunistischen Partei in Anspruch; denn, so behaupten sie, nur unter kommunistischem Druck hat die Regierung sich entschlossen, das wenige zu tun, was sie tut.

Angesichts des furchtbaren Elends des Südens, dem sich so schnell nicht abhelfen läßt, und des völligen Fehlens einer politischen Schulung, die z. B. bei den letzten Wahlen zu einer großen Unübersichtlichkeit der Wahllisten im Süden geführt hat, angesichts des immer noch sehr hohen Prozentsatzes von Analphabeten (bis zu 50 %) und der undurchdringlichen Mentalität eines primitiven Bauernvolks hatte man vor den Wahlen des 27. Mai eine starke Zunahme des Kommunismus in Süditalien für möglich gehalten, während man gleichzeitig einen merkbaren Rückgang im Norden erhoffte. Der Rückgang im Norden hat in gemäßigttem Umfang stattgefunden — offenbar als Folge der ständigen Enttäuschung der durch leere Versprechungen geweckten Hoffnungen (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 356 und 402). Im Süden da-

gegen ist der Stand der kommunistischen und linkssozialistischen Wählerschaft im ganzen konstant geblieben: an einigen Orten, in einigen Gegenden hat er zugenommen, an anderen Orten, in anderen Gegenden abgenommen. Die Ursachen dieser Schwankungen könnte nur eine minutiöse Untersuchung ans Licht bringen. Keinesfalls setzt der italienische Süden heute stärker als vor fünf Jahren (bei den letzten Kommunalwahlen) seine Hoffnung auf die Verheißungen des Kommunismus. Eher muß man erstaunt feststellen, wie viele Wähler in diesem konservativen und rückständigen Land offenbar der Vergangenheit in Gestalt der Monarchie und des Faschismus nachtrauern: in Neapel und Lecce erhielten die Monarchisten und Neofaschisten mehr als 50 % der Stimmen, wobei in Neapel allerdings auch die sehr populäre Gestalt des Bürgermeisters Lauro und nicht so sehr politische Meinungen eine Rolle gespielt haben dürften. (Sizilien mit seinem starken Rückgang der Linksparteien und seinem Vordringen der christlichen Demokratie hat als autonome Region besondere Verhältnisse.)

Im Norden

In Nord- und Mittelitalien gibt es Landschaften, die traditionell „rot“ sind; sie sind es auch diesmal geblieben. „Rote“ Regionen sind immer noch an erster Stelle die Emilia und Romagna, und daneben die Toskana und Umbrien. Rote Städte sind Alessandria, Savona, Modena, Bologna, Reggio Emilia, Pistoia, Livorno, Terni, Grosseto, Perugia, Arezzo, Pesaro. In Genua halten sich die Mitte und die Linke das Gleichgewicht, in den großen Industriestädten Mailand und Turin haben die Mittelparteien die Mehrheit, obwohl sie in Mailand seit den vorigen Kommunalwahlen stark zurückgegangen, die Linksparteien merklich gewachsen sind. Schon diese oberflächliche Aufzählung deutet darauf hin, daß auch in Nord- und Mittelitalien nicht nur das Industrieproletariat ein soziales Problem darstellt, sondern ebenso auch hier das Landproletariat, die Tagelöhner und Pächter. Ist auch ihre Lage, verglichen mit der des Südens, günstiger, so bestehen doch auch im Norden krasse Gegensätze zwischen Arm und Reich, und wo es keinen kleinen Bauernstand gibt oder neben diesem noch Pächter und Tagelöhner, ist deren Elend und vor allem ihre Ungesicherheit groß. Auch hier hat die christlich-demokratische Regierung in den letzten Jahren durch neue Pachtgesetze eingegriffen, die die Langfristigkeit der Kontrakte fördern und die Kündbarkeit beschränken.

Glanz und Elend des Christentums in Italien

Warum bleibt trotz allem, was die Democrazia Cristiana wirklich geleistet hat, ein so großer Teil des italienischen Volkes unter dem Bann des Kommunismus und des mit ihm verbündeten Linkssozialismus? Warum gewinnt die Regierung mit ihren echten sozialen Werken keinen entscheidenderen Zuwachs an Stimmen? Gewiß, die Wohltaten der neuen sozialen Gesetze und der Agrarreform wirken sich nur sehr langsam aus — aber erkennen die Wähler nicht, daß das ganz natürlich ist?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das endliche Ingangkommen dringlichster sozialer Maßnahmen das Verdienst einiger wahrhaft christlicher Männer in der Regierung und ihrer aufrichtigen Verbündeten in den Mittelparteien ist; es kann jedoch auch keinem Zweifel unterliegen, daß es andere Kräfte in der Regierung und in der Democrazia

Cristiana selber gibt, die diesen Maßnahmen widerstreben, so lange sie nur können. Nicht nur das. An unteren Stellen sitzen reichlich Leute, die sich ebenfalls christlich nennen, aber nicht den Finger rühren; und unter den Großgrundbesitzern, Industriellen, reichen Steuerhinterziehern usw. sind ebenfalls zahlreiche Anhänger der Democrazia Cristiana. Das nur zu häufige und zu sichtbare Versagen der einzelnen Christen kompromittiert hier wie überall das Christentum. Allzusehr sind auch christliche Kreise geneigt, auf jeden Fall die Partei der Ordnung gegenüber dem Elend, d. h. der Polizei gegenüber verzweifelten Demonstranten zu ergreifen.

Zwar haben wir kürzlich (ds. Jhg., S. 308) eine Stellungnahme des „Osservatore Romano“ zu den blutigen Zusammenstößen in Venosa gebracht, wo Polizisten auf demonstrierende Bauern geschossen hatten: der Artikel der vatikanischen Zeitung verurteilte die Anwendung von Gewalt gegen unbewaffnete Demonstranten als Vergehen gegen das 5. Gebot. Aber das war eine Ausnahme. Verschiedene solche Demonstrationen hungernder und Unterstützung fordernder Bauern haben in Süditalien im Februar und März stattgefunden; sie wurden stets durch Polizei auseinandergetrieben, und es gab mehrere Male Verletzte. Aus Angst davor, daß kommunistische Agitation hier am Werk sei, nimmt die bürgerliche (und die katholische) Presse in solchen Fällen gewöhnlich die Partei der Polizei — obwohl Christenliebe in erster Linie die Not und Verzweiflung sehen müßte. Großes Aufsehen hat in Italien ein Ereignis in Sizilien hervorgerufen: dort hatte ein junger Architekt und Schriftsteller aus dem Norden, Danilo Dolci, der nach Sizilien gekommen war, um dort der ärmsten Bevölkerung zu helfen, einen „umgekehrten Streik“ inszeniert, nämlich eine öffentliche Arbeit an einer Landstraße aufgenommen, die die Behörde liegen gelassen hatte, um damit die Aufmerksamkeit ganz Italiens durch „gewaltlosen Widerstand“ auf die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung und die Mittel zu ihrer Beseitigung zu lenken. Danilo Dolci hat in selbstlosester Weise sehr viel Gutes getan. Sein Buch „Banditi a Partinico“ (Partinico ist der Ort, an dem er wirkt) entwirft ein erschütterndes Bild von dem Elend, dem Analphabetismus, der Ohnmacht, in der sich Tausende von Menschen auf Sizilien befinden. Er hat zweifellos aus christlichem Geist gehandelt — wenn auch vielleicht nicht aus ausschließlich katholischem, da er als Triestiner aus einer weniger homogenen Welt kommt und Freunde bei den Waldensern und anderen protestantischen Gruppen besitzt. Danilo Dolci ist bei seinem „umgekehrten Streik“ wegen Agitation verhaftet worden. „Il Quotidiano“, die Zeitung der Katholischen Aktion in Italien, hat keine Mühe gescheut, um belastendes Material gegen ihn zusammenzutragen (und als Quelle nur seine Gegner benutzt). Warum? Nur Außenseiter wie der Florentiner Bürgermeister La Pira oder die Gruppe „Adesso“ in Mailand haben ihm, zusammen mit den bekanntesten Intellektuellen anderer Richtungen, ihre Sympathie ausgesprochen. Der Prozeß Dolcis hat dann unter großer Teilnahme der italienischen Öffentlichkeit und mit einem zahlreichen Aufgebot von Verteidigern nach sechs Wochen Haft stattgefunden. Die auferlegte Gefängnisstrafe von sechs Wochen war durch die Untersuchungshaft abgegolten, so daß Dolci in die Freiheit zurückkehren konnte. Hat er erreicht, daß das soziale Gewissen geweckt worden ist?

Es ist jedenfalls ein besonderes Verhängnis, daß viele Christen in Italien bei der gegenwärtigen Lage hinter jeder Unruhe kommunistische Agitation wittern, bei jeder spontanen Tat der Nächstenliebe fürchten, daß die „Linke“ davon profitieren könnte. Wir haben früher schon einmal bei einem Bericht über die außergewöhnlichen Taten des Bürgermeisters von Florenz, Giorgio La Pira, darauf hingewiesen (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 297). Die Existenz des Kommunismus beraubt die Christen ihres sozialen Mutes.

Schulprobleme

Dolcis Buch „Banditi a Partinico“ sucht insbesondere auch nachzuweisen, wie eng Analphabetismus und Banditentum miteinander verbunden sind. Folge des Analphabetentums sind Unkenntnis der Gesetze und des Rechts, das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber den Behörden, der Hang zur Selbsthilfe, die Geringschätzung des Lebens. Zwar besteht in ganz Italien Schulzwang; aber einmal gilt er nur für das Alter von sieben bis elf Jahren, und dann ist es, zumal im Süden, sehr vielen Kindern nicht möglich, diese fünf Jahre Schulbesuch durchzuführen, selbst wenn der Wille gut ist. Anfang Mai hat der Unterrichtsminister, Rossi (ein Sozialdemokrat und einer der fähigsten Männer der gegenwärtigen Regierung), vor dem Parlament eine Übersicht über die Schulfrage in Italien gegeben, die besonders für die Lage des Elementarunterrichts aufschlußreich war. Die Statistiken ergeben, daß in Norditalien rund 70% der schulpflichtigen Kinder die fünf Elementarschulklassen wirklich durchhalten, im Süden dagegen nur 37%. In einigen südlichen Provinzen (Rieti, Benevent, Foggia, Matera, Catanzaro und Sassari) sind Untersuchungen über die Ursachen durchgeführt worden, die die Kinder am Schulbesuch hindern, in 32,3% der Fälle war es die äußerste Armut, bei 16% Nachlässigkeit der Eltern (selber Analphabeten), bei 15% vorzeitiger Arbeitseinsatz, bei 18,5% Krankheit und geistige Zurückgebliebenheit (den hohen Prozentsatz an geistig Zurückgebliebenen in den Elendsgegenden hat auch Danilo Dolci betont). Bei 17,5% der Kinder war die Schule zu weit entfernt und zu schwer zu erreichen.

Angesichts dieser unglückseligen Bilanz haben sich auch die Diskussionsredner der Linken bei der Debatte im Parlament, wie die „Stampa“ (3. 5. 56) berichtet, der alten Streitfragen beim Schulproblem: Laizismus und Konfessionalismus, Staatsschule und Privatschule, weitgehend enthalten.

Auch auf diesem Gebiet tut aber die gegenwärtige Regierung außerordentlich viel und ist erfindungsreich an Maßnahmen. Etwa 17% der gesamten allgemeinen Staatsausgaben werden für das Erziehungswesen ausgegeben. Für den Kampf gegen das Analphabetentum sind rund 170 000 Lehrer und Lehrerinnen eingesetzt. Der Unterrichtsminister konnte mitteilen, daß heute in Nord- und Mittelitalien keine Kurse für Erwachsene mehr nötig sind; im Süden und auf den Inseln ist der Zustand immer noch traurig, besonders bei den Frauen. Sehr gute Resultate hat man immerhin mit „Familienkursen“ erzielt, bei denen die Lehrer in die Häuser gehen und dort ein allgemeines Werk der Erziehung, Belehrung und des Weckens von Interesse durchführen. Es gibt auch sogenannte „Wanderlehrer“, die unter großen persönlichen Opfern den Köhlern, den Fischern, den Hirten nachgehen. So hofft man, auch im Süden dieses große Übel allmählich

zum Verschwinden zu bringen. Die größte Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß es so viele „Rückfall-Alphabeten“ in Italien gibt, Menschen, die zu kurz zur Schule gegangen sind und später keine Gelegenheit mehr haben, ihre Kenntnisse, die oft auch keinerlei Beziehung zu ihrem täglichen Leben haben, zu üben, und die daher das Gelernte wieder völlig vergessen.

Auch die großen katholischen Organisationen und Institutionen beschäftigen sich gerade in der letzten Zeit intensiv mit den Problemen der Schule. Obwohl es in Italien, wie in Frankreich oder Belgien, ein ausgedehntes System von konfessionellen Schulen, zumal Mittelschulen (mit staatlichen Zuschüssen, die ihnen von den antiklerikalen Parteien nicht gegönnt werden) gibt, dreht sich die Sorge der Katholiken gegenwärtig keineswegs um die Rechte der katholischen Schule, sondern um das ernste allgemeinitalienische Problem der Schule überhaupt. Wir haben bereits im November vorigen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 56—58) über die letzte Soziale Woche Italiens berichtet, deren Thema „Die Gesellschaft und die Schule“ war. Die Christlichen Arbeitervereine Italiens, die ACLI, haben jüngst auf ihrer Tagung in Rom am 31. Mai und 1. Juni das Thema „Die Schule für alle“ behandelt, also den Kampf gegen den Analphabetismus; und die Katholische Aktion Italiens, die ACI, hat die „christliche Erziehung und die Schule“ zum Gegenstand ihrer diesjährigen Jahreskampagne gewählt und dieses Thema auf der Tagung ihres Zentralrats Anfang Juni lebhaft diskutiert.

All dies zeugt davon, daß auf dem Gebiet des Kampfes gegen das Analphabetentum wie auf dem der Agrarreform, wie auf dem der gerechten Löhne, der Steuerordnung und allen anderen Gebieten, die die soziale Struktur des Landes betreffen, in Italien der Kampf einer allmählichen, aber echten und tiefgreifenden sozialen Erneuerung auf der Basis des demokratischen Staates (und im Sinne des christlichen Geistes) gegen die revolutionären Absichten der immer noch letzten Endes unerschütterten Kommunisten mit ihrem fest organisierten Apparat und ihrer Gruppe fanatischer Intellektueller weitergeht.

Die Familie in der Bundesrepublik

Über den Zustand der Familie in Westdeutschland gab es bisher nur wenige Untersuchungen. Das hat mehrere Gründe. Einmal widersteht der Intimbereich der Familie soziologischer Entdeckerfreude, und das ist gut so, weil die Wahrung der Diskretion in unserer öffentlichkeitsüchtigen Zeit wichtiger ist als ein paar zweifelhafte wissenschaftliche Ergebnisse. Das gilt vor allem für den Bereich der Intimbeziehungen in der Ehe (vgl. unsere Kritik zum Kinsey-Report; Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 475 ff.). Man kann die Personalbeziehungen innerhalb der familiären Gemeinschaft ausklammern, z. B. lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie untersuchen, sowohl die faktischen Gegebenheiten wie die wirtschaftlichen Wünsche der Bevölkerung. Die soziologische Forschung in Deutschland ist erst sehr spät an die relativ leichten, empirischen Untersuchungen nach 1945 herangegangen. Zu sehr waren die wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kriegsende in Fluß. Was an Untersuchungen solcher Art bis jetzt durchgeführt werden konnte, haben wir unseren Lesern mitgeteilt (vgl. 8. Jhg., S. 91 ff., 9. Jhg., S. 271 ff.,

468 ff., ds. Jhg., S. 102 ff., 156 ff., 250 ff., 300 ff.). Über die wirtschaftliche Lage der deutschen Familie mit mehreren Kindern hoffen wir in absehbarer Zeit berichten zu können.

Man darf jedoch bei einer soziologischen Bestandsaufnahme die Familie nicht nur als eine Wirtschaftseinheit ansehen. Denn niemand leugnet, daß sie erheblich mehr ist. Allein schon unter sozialem Gesichtspunkt zweifelt niemand daran, daß Gesellschaft, Öffentlichkeit und Staat in stärkster Korrelation zur Familie stehen. Niemand zweifelt ferner, daß alle Versuche, Gesellschaft und Staat zu erneuern, mit einer Erneuerung und Stärkung der Familie einhergehen müssen. Dabei weiß kaum jemand in Deutschland, wie es zur Zeit um die Familie bei uns bestellt ist, weder wirtschaftlich noch geistig. So bleibt der Ruf nach einer Erneuerung unseres gesamten öffentlichen Lebens notwendigerweise mehr programmatischer Natur, weil man den Befund nicht kennt und sich daher über die Mittel zur Heilung auch gar nicht einig werden kann.

Denn — und das ist der zweite Grund für den Mangel an brauchbaren Ergebnissen der Familiensoziologie — die Mittel, die uns zur Erforschung des familiären Bereichs zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, um ein so vielfältiges, komplexes Gebilde wie die Familie zu erfassen, zumal diese zu jeder Zeit und an jedem Ort anders aussieht und sich häufig nach außen anders gibt, als sie tatsächlich ist; die man unter verschiedenen Aspekten betrachten kann, die man leicht miteinander vermengt, obgleich sie ganz unterschiedlichen Ebenen angehören; ja die man in ihren Tiefenschichten, die ihr Leben auf die Dauer bestimmen, gar nicht wissenschaftlich erfassen kann, obwohl man doch gerade über sie etwas wissen möchte und wissen müßte. Ergebnisse soziologischer Untersuchungen auf diesem Gebiet werden daher nicht mehr als Symptome sein, Hinweise auf Sachverhalte, die in Wirklichkeit alles andere als „einfach“ sind. Alle diese Symptome lassen sich zudem nicht auf eine Generallinie bringen, und dennoch, so glauben auch wir, werden sie in ihrer Gesamtheit bestimmte Tendenzen deutlich machen, die heute in der deutschen Familie vorherrschend sind.

Uns liegen drei Arbeiten vor. Helmut Schelsky: „Wandlungen der deutschen Familie der Gegenwart“ (2. Aufl., Stuttgart 1954, 357 S.), Gerhard Wurzbacher: „Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens“ (2. Aufl., Stuttgart 1954, 255 S.), Fröhner/Stackelberg/Eser: „Familie und Ehe. Probleme in den deutschen Familien der Gegenwart“ (Bielefeld 1956, 448 S.). Dazu kommen fünf weitere Aufsätze von Helmut Schelsky, die 1953 in der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ (8. Jhg., S. 21 ff., 201 ff., 343 ff., 485 ff., 663 ff.) erschienen sind.

Schelsky und Wurzbacher fußen auf dem gleichen Material. Es handelt sich um 167 ausgewählte Monographien von Familien aus dem nord- und nordwestdeutschen Raum. Die Untersuchungen stammen aus den Jahren 1949/50. Schelsky und Wurzbacher gingen von folgender Frage aus: Wie hat die deutsche Familie die Stürme der Kriegs- und Nachkriegsjahre überstanden? Wie sieht diese bis zum äußersten strapazierte Familie heute aus? Schelsky und Wurzbacher hielten sich, um diese Frage zu beantworten, besonders an die „deklassierte“ Familie: Flüchtlinge, Ausgebombte usw. Das monographische Material, zahlenmäßig relativ schmal, zudem regional beschränkt und nach einseitigem Gesichtspunkt ausgewählt — so scheint es jedenfalls auf den ersten Blick —, mag nicht